

Interpretation der Fragebogenergebnisse

Kapitel A Wertebewusstsein

von: *Rainer Hampel*

Trotz aller Vorbehalte und Einschränkungen, die unter Punkt 3 „Bewertung der Tests“ genannt wurden, soll hier eine Interpretation der Fragebogenergebnisse erfolgen.

Für Leser, die sich schnell einen Überblick verschaffen wollen, steht am Anfang der Interpretation eine Zusammenfassung von etwa zwei Seiten. Darauf folgen detailliertere Bemerkungen und Fragen, die sich direkt auf die **Basisdaten** im Kapitel A beziehen.

I Zusammenfassung

Freiheit

- Der individuelle Freiheitsdrang unter den Jugendlichen des COMCULT-Netzwerks ist stark. Einschränkungen in diesem Bereich werden als marginal empfunden.
- Kenntnisse über die Rolle der EU sind gering.
- Die Wahl zwischen Individualismus und Gleichheit geht nicht überall in die gleiche Richtung.
- Nicht alle SchülerInnen messen dem Geld eine wichtige Rolle im Leben zu.
- Moralisches Handeln hat nicht unbedingt etwas mit religiösem Glauben zu tun.

Demokratie

- Die Demokratie als beste politische Voraussetzung für die persönliche Entfaltung ist noch nicht genügend im Bewusstsein von Jugendlichen verankert.
- Große Unsicherheit herrscht über das Verhältnis von Wirtschaft und Demokratie.
- Viele Befragte haben keine klaren Vorstellungen von einer optimalen Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.
- Generell ist bei den SchülernInnen das Gefühl verbreitet, kaum Einfluss auf EU-Entscheidungen zu haben.
- Auch das Vertrauen in die Wirksamkeit politischer Diskussionen ist nicht überall hinreichend entwickelt.

Gleichheit

- Dass eine größere Chancengleichheit im Leben der Bürger auch höhere öffentliche Leistungen erforderlich macht, die letztlich durch Steuern finanziert werden müssen, ist vielen Jugendlichen noch nicht hinreichend klar. Das ist verwunderlich, da doch nahezu in allen EU-Ländern eine Kostendebatte, z.B. über Bildungs- und Gesundheitssysteme, geführt wird.
- Auch die Vor- und Nachteile einer Steuerharmonisierung innerhalb der EU sind zu wenig bekannt.
- Hinsichtlich eines gleichen Lohnniveaus in Europa orientieren sich die Vorstellungen an den Hochlohnländern. In diesen wird auch z.T. eine Nivellierung nach unten befürchtet.
- Über die Vor- und Nachteile verschiedener Systeme der Altersversorgung haben viele Jugendliche keine sicheren Vorstellungen. Eine Angleichung der Systeme wird aber ein Fernziel der EU sein müssen, um soziale Spannungen oder Ungleichheiten zu vermeiden.
- Vor- und Nachteile des Gleichheitsprinzips bei Wahlen (one man one vote) müssen ebenfalls in Zukunft vertieft debattiert werden.

Rechtsstaatlichkeit

- Generell lässt sich sagen, dass die Bedeutung von gleichen Rechtsstandards, sei es nun bei Menschenrechten, beim Arbeitsrecht in der EU oder beim Verfassungsrecht, recht unterschiedlich eingeschätzt wird. Auch auf diesem Gebiet muss in den europäischen Schulen noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Pluralismus

- In Hinblick auf das Nebeneinander verschiedener Religionen zeigen die Jugendlichen keine fundamentalistischen Neigungen.
- Vielparteiensysteme werden je nach nationaler Erfahrung beurteilt.
- Im Bereich Bildungspolitik fehlen vielen Jugendlichen die notwendigen Informationen für ein sicheres Urteil.
- Eine Debatte über die Art der Finanzierung von Massenmedien zur Erhaltung von Meinungsvielfalt wird erst vereinzelt geführt.
- Die Einstellung der Jugendlichen gegenüber der Rolle von Immigranten scheint sehr von eigenen Erfahrungen abhängig zu sein. Je größer diese Erfahrung ist, umso größer ist auch die Skepsis.

Toleranz

- Generell zeigen sich die Jugendlichen in den EU-Ländern relativ tolerant gegenüber religiös begründeten Gewohnheiten von Immigranten.
- Wenig tolerieren sie Einnisierungen ihrer Eltern bei der Partnerwahl.
- In einigen Ländern scheint aber doch die Familienehre der Toleranz mehr oder weniger enge Grenzen zu setzen.

Gerechtigkeit

- Ungleiche Löhne in den EU-Mitgliedsländern empfinden die Jugendlichen weitgehend als ungerecht.
- Bei knappen Arbeitsplätzen neigen einige SchülerInnen zu protektionistischen Maßnahmen.
- Gerechtigkeit wünschen sich die meisten Jugendlichen schon hier auf Erden und nicht erst einen Ausgleich im Himmel.
- Ob Marktkräfte Gerechtigkeit schaffen können, ist von den meisten SchülerInnen noch nicht hinreichend durchdacht.
- Gegenüber nicht willigen Arbeitslosen nehmen sie eher eine harte Haltung ein.
- Die Subventionierung von Industrieansiedlungen wird teilweise noch sehr nach nationalen Kriterien bewertet und weniger unter einem gesamteuropäisch gerechten Blickwinkel gesehen.

Solidarität

- Eine Solidarität stiftende Kraft geht nur noch in manchen Ländern der EU von der Religion aus.
- Hohe Erwartungen stellen die Jugendlichen an den Staat als Solidargemeinschaft, der durch seine Verteilungskompetenz in der Lage ist, Steuern oder Sozialabgaben so zu verteilen, dass er den Schwachen in der Gesellschaft hilft. Allerdings zweifeln die SchülerInnen in einigen Ländern daran, dass ihre Staaten diese Erwartungen auch erfüllen können.
- Die Solidarität mit den eigenen Landsleuten oder gar mit der Bevölkerung anderer EU-Mitgliedsländer ist nur teilweise vorhanden und muss sicher in Zukunft noch weiter entwickelt werden. Dies setzt aber voraus, dass allen die Vorteile solidarischen Handelns auch bewusst gemacht werden.

Menschenrecht

- Die offenen Grenzen in Europa werden von den Jugendlichen weitgehend positiv gesehen.
- Die Überlagerung des rein nationalen Selbstbestimmungsrechts durch EU-Gemeinschaftsentscheidungen ist den meisten SchülerInnen wenig bekannt.
- Ähnlich unsicher ist die Vorstellung der zukünftigen Rolle des Nationalstaates in einer globalisierten Welt.
- Bis auf wenige Ausnahmen wird die Presse- und Meinungsfreiheit als wichtiger Indikator für die Qualität einer Demokratie angesehen.
- Das Spannungsverhältnis zwischen Menschenrechten und göttlichem Recht, das von den monotheistischen

Religionen vertreten wird, ist den Jugendlichen nicht überall hinreichend klar.

- Recht uneinheitlich sind die Voten der Jugendlichen, wenn sie vor die Wahl gestellt werden, bei Unternehmensentscheidungen zuerst den Interessen der Kapitaleigner zu folgen oder Menschenrechten der Arbeitnehmer. Sicherlich ist die Wahl zwischen zwei Rechten immer eine schwierige Frage der Abwägung, aber hier müssen die Lehrkräfte mithelfen, die Folgen beider Wege deutlich zu machen.

Heimatland, Nation

- Generell lässt sich sagen, dass die Kenntnis über innere Vorgänge in einzelnen EU-Ländern bei den Jugendlichen recht gering sind. Es besteht somit auch kaum eine Möglichkeit, durch Vergleiche die eigene Situation besser einschätzen zu können, z.B. das Spannungsverhältnis zwischen Regierungen und der jeweiligen Gesellschaft.
- Das Verhalten der meisten Jugendlichen wird nach wie vor von der Wertewelt geprägt, in der sie aufgewachsen sind.
- Nicht überall wird in der EU auch eine heilende Kraft gesehen, Missstände zu bekämpfen und mehr Wohlstand und Gerechtigkeit zu schaffen.
- Aber es stimmt hoffnungsvoll, dass der Streit um Landbesitz, der in Europa über Jahrhunderte so blutig geführt wurde, unter den Jugendlichen keine große Attraktivität mehr besitzt.

II Detaillierte Bemerkungen und Fragen

Freiheit (S. 1 der Basisdaten)

A 1 Generell kann man sagen, dass die persönliche Freiheit bei allen befragten Jugendlichen eine sehr hohe Wertschätzung genießt. Bis auf eine Ausnahme, stimmen sie mit über 90% der Meinung zu, dass die freie Selbstbestimmung das Wichtigste im Leben sei. **A 21** Einschränkungen von Seiten der Eltern werden in BG und NL von etwa einem Drittel der Befragten empfunden, sonst fallen solche Einschränkungen kaum ins Gewicht. **A 37** Auch die Gesellschaften, in denen die Jugendlichen aufwachsen, scheinen deren Freiheitsdrang nicht nennenswert zu behindern, nur ES und HU weichen von dieser Regel leicht ab.

A 28 Bei der Frage, wieweit die Entscheidungsfreiheit einzelner EU-Mitgliedsländer reichen soll, offenbart sich eine relativ große Unsicherheit, die vermutlich auf einer verbreiteten Unkenntnis über die gegenseitige Abhängigkeit bei EU-Entscheidungen beruht.

Möglicherweise haben in einigen Schulen auch Informationen der Lehrkräfte dafür gesorgt, dass sich die Ergebnisse zwischen Pre- und Posttest z.T. beträchtlich verändert haben, z.B.:

„weiß nicht“ BG: 17% => 33%, ES: 18% => 30%, DE*: 5% => 24%, HU: 33% => 13%
 „stimme zu“ PL: 91% => 78%.

D.h., die Jugendlichen sind sich nicht mehr sicher, inwieweit nationale Entscheidungen im Rahmen der EU möglich bzw. wünschenswert sind. Hier ist mehr Aufklärung in den Schulen erforderlich, zumal in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts bereits mehr als 75% aller nationalen Rechtsakte auf gemeinsamen europäischen Entscheidungen beruhen. In Deutschland stammten zwischen 1998 und 2004 sogar 84% aller Rechtsakte aus Brüssel und nur noch 16% originär aus Berlin.

A 33 Auch bei der Wahl zwischen „Freiheit“ und „Gleichheit“ offenbaren die Ergebnisse z.T. eine zwiespältige Haltung: „weiß nicht“ DE: 31% => 38%, NL: 24% => 53%.

Bedeutet die hohe Wertschätzung der individuellen Entfaltung eine Reaktion auf die Gleichheitsideologie aus der kommunistischen Vergangenheit, BG: 56%, HU: 50%, PL: 65%? Und warum ist im anderen Falle die Gleichheit so viel wichtiger als die individuelle Entfaltung, ES: 60% => 72%, IT: 22% => 52% oder gar in DE*: 76%?

Es wird Aufgabe der LehrerInnen sein, die rechte Ausgewogenheit zwischen beiden Werten zu vermitteln.

A 4 Über die Bedeutung des Geldes für ein freies Leben gehen die Meinungen weit auseinander; BG: 50% => 78% und IT: 65% => 78% halten das Geld für sehr wichtig, in NL ist man sich nicht so sicher, 12% => 29%.

A 55 Außer in IT meinen in fast allen Ländern rd. 70% und mehr der Jugendlichen, dass moralisches Handeln auch ohne religiösen Glauben möglich sei. In NL nimmt diese Meinung zwischen Pre- und Posttest sogar noch zu, 71% => 94%. Bewirken hier negative Erfahrungen mit religiös motivierter Gewalt, dass säkulare Begründungen vorgezogen werden?

Demokratie (S. 2 der Basisdaten)

A 53 Dass die Demokratie für die Menschen die besseren Entfaltungsmöglichkeiten bietet, meinen nur SchülerInnen in GR: 100% und DE*: 67% => 95%. Daneben herrscht aber auch viel Unsicherheit, „weiß nicht“ in BG: 56% => 44%, ES: 31% => 36%, IT: 48% => 52% und NL: 44% => 35%.

Wenn auch dieses Ergebnis insgesamt noch nicht dramatisch ist, so wird man sich in einigen Ländern doch mehr bemühen müssen, zu erklären, wie die Demokratie gestärkt werden kann. Das gilt besonders für HU, wo Jugendliche überwiegend meinen, Demokratien seien entscheidungsschwach: **A 3** 70% => 83%. Auch in BG, CY, ES und IT liegen hier die Werte für „weiß nicht“ bei 40% und darüber.

A 40 Sehr groß ist die Unsicherheit von Jugendlichen bei der Frage, wann funktioniert die Wirtschaft besser, mit oder ohne staatliche Eingriffe? „weiß nicht“ CY: 53% => 47%, DE: 50% => 53%, ES: 36% => 56% und PL: 48% => 48%.

Anzumerken ist hier noch, dass die Differenz zwischen Pre- und Posttest der Kontrollklasse DE* in der Spalte „weiß nicht“ (5% => 33%) viel größer ist als die Differenz bei allen anderen Klassen. Das deutet auf besondere Einflüsse hin, wobei in Klassen innerhalb des COMCULT-Netzwerks wirtschaftliche Gesichtspunkte kaum erörtert wurden. Dieser Eindruck wird noch durch die Ergebnisse in der Spalte „weiß nicht“ bei **A 9** verstärkt. Behauptet wird eine Machtlosigkeit der Politik gegenüber Unternehmerentscheidungen. Dabei nimmt die Unsicherheit während der Unterrichtsphase noch zu. ES: 71% => 75%, IT: 70% => 83%. Wenn auch bei DE: 63% => 56% oder bei NL: 71% => 59% der umgekehrte Trend zu beobachten ist, so liegt die Unsicherheit immer noch recht hoch.

A 5 Auch bei der Frage, ob wichtige politische Entscheidungen auf EU-Ebene gefällt werden sollen, sind sich etwa ein Viertel der Befragten unsicher, in Zypern sogar die Hälfte. Nicht verwunderlich ist das Ergebnis aus BG: Zustimmung, „weiß nicht“ und Ablehnung halten sich die Waage bei jeweils 33% was vermutlich auf mangelnde bisherige Erfahrung mit der EU zurückzuführen ist.

A 22 Alarmierend ist jedoch das Gefühl der Jugendlichen, kaum Einfluss auf wichtige Entscheidungen der EU-Politik zu haben, in HU: sogar 73% => 90%, in PL: 48% => 52%. In IT kreuzen 65% => 70% „Weiß nicht“ an, in PL: 39% => 30%, ähnlich in CY, CZ* oder DE*. Welche Gründe mögen zu diesen Einschätzungen geführt haben?

- Ist es die mangelnde Transparenz der EU-Entscheidungsverfahren?
- Die Unwissenheit der Eltern und LehrerInnen?
- Ein generelles Desinteresse der Jugendlichen an Politik?

Oder wirken hier alle drei Faktoren in die gleiche Richtung?

A 59 Auch die Rolle einer breiten politischen Diskussion als Basis für menschliche Wertmaßstäbe ist vielen Jugendlichen nicht recht klar. DE: 61% => 57%. An die Macht der politischen Diskussion glaubt man am meisten in GR, am wenigsten in ES und HU. Woran liegt das? Ist das immer noch der lange Schatten autoritärer Verhältnisse?

Gleichheit (S. 3 der Basisdaten)

A 30 Die rechtliche Gleichheit zwischen Frauen und Männern scheint heute in allen europäischen Ländern zum normalen Standard zu gehören. Die Abweichungen in BG und PL fallen dabei nicht ins Gewicht.

A 2 Für eine Chancengleichheit persönlich mehr Steuern zu zahlen, stößt nicht auf große Gegenliebe bei den Jugendlichen. Inklusive der Unentschlossenen sind es nahezu zwei Drittel, die das ablehnen bzw. Bedenken haben, „weiß nicht“ DE: 37% => 47%, ES: 24% => 52%.

A 50 Es ist schwer zu erklären, warum ausgerechnet BG: 50% => 78 % und HU: 70% => 77% dafür eintreten, durch eine Steuerharmonisierung in der EU fairen Wettbewerb zu erreichen, denn hohe Steuern würden sicher dringend benötigte Investoren in BG und HU abschrecken und die gegebenen Ungleichgewichte zementieren. Im Prinzip - und auf die gesamte Zukunft der EU gesehen - haben die SchülerInnen in BG und HU natürlich Recht mit ihrer Zustimmung. Hat man in PL mehr an die eigenen Interessen gedacht, wenn 35% => 43% einer Steuerangleichung nicht zustimmen?

A 52 Die Angleichung des Lohnniveaus in der EU wird aber in PL ebenso wie in BG, HU und ES begrüßt, in Hochlohnländern wie in DE und IT weit weniger. Oder es herrscht in dieser Frage eine relativ hohe Unsicherheit, da vermutlich eine Korrektur nach unten befürchtet wird, DE: 29% => 37% und IT: 45% => 57%.

A 13 Es ist nicht sicher, ob die Jugendlichen in HU und CZ* hier für ein demokratisches Ideal votiert haben, oder aus Unkenntnis der Folgen für ihre kleinen Länder, denn bei gleichem Stimmgewicht wären die kleinen Mitgliedsländer nur mit wenigen Abgeordneten vertreten. Möglicherweise haben die SchülerInnen in anderen Ländern an diese Konsequenz gedacht und deswegen das Gleichheitsprinzip weniger favorisiert. Warum neben CY auch in IT rd. 30% der Jugendlichen in dieser Frage „weiß nicht“ angekreuzt haben, können nur die Lehrkräfte vor Ort erklären.

A 49 Bei der Frage nach gleichen Rechten als EU-Bürger, auch für Personen, die schon lange in einem Mitgliedsland leben, offenbaren die Fragebogenergebnisse möglicherweise Ängste, die in einigen Mitgliedsländern herrschen. In CY können sie sich möglicherweise auf türkischsprachige Bürger beziehen, in GR auf Albaner, in HU auf Roma oder in NL auf Marokkaner. Auch hier können vermutlich die LehrerInnen in den jeweiligen Ländern die Ergebnisse sicherer interpretieren.

A 61 Bei dieser Meinung geht es im Kern um eine völlige Privatisierung der Altersvorsorge. Dem stimmen in GR: 47% => 74% zu und in CZ*: 84% => 91%, jedoch sind sich in BG 33% und in PL 39% der Befragten nicht sicher, während sie in den „Alt-EU-Ländern“ DE und IT mehr auf staatliche Regelungen vertrauen: DE: 15% => 27%, IT: 9% => 30%.

Rechtsstaatlichkeit (S. 4 der Basisdaten)

A 48 Die hier wiedergegebene Behauptung ist nicht hinreichend trennscharf formuliert, und es fehlt eine Eingrenzung auf Staaten Europas. Immerhin zeigt sich, dass die SchülerInnen überwiegend staatlichen Institutionen nicht viel zutrauen, wenn es um den Schutz von Bürgerrechten geht. BG: 71% => 83%, GR: 74% => 95%, NL: 71% => 82%.

A 6 Bei dieser Meinung geht es im Kern um Selbstjustiz in religiösen Fragen, im englischen Text allerdings nur um „retaliation“ (Vergeltung). Vielleicht ist so zu erklären, warum die Zustimmung in CY so hoch bei 87% liegt? In GR und DE trifft eine solche Strafaktion auf große Ablehnung und in BG auf 50% „weiß nicht“.

A 42 Die Mehrheit der Jugendlichen glaubt, dass die EU für gemeinsame Rechtsstandards sorgt. Warum viele in ES: 57% => 66%, in IT: 61% und CZ*: 50% das nicht wissen, ist schwer zu erklären. **A 39** Erstaunlich ist auch, dass in BG, ES und IT rd. 40% der Jugendlichen die Bedeutung der Menschenrechte für die Qualität eines Rechtsstaates nicht genau kennen.

A 7 Die Zustimmung oder Ablehnung des anzuwendenden Rechts bei ausländischen Arbeitnehmern beruht hier möglicherweise auf ganz unterschiedliche Erfahrungen in den jeweiligen Ländern.

- Traut man in BG dem (Arbeits-)Recht im Ausland mehr zu, als dem eigenen?
- Will man in CY, GR und NL auf keinen Fall das Recht von Gastarbeitern im eigenen Land gelten lassen?
- Schätzt man in IT die Vorteile des eigenen (Arbeits-)Rechts höher ein, als das des Auslands?

Interessant ist auch, dass die Einschätzung von SchülernInnen in DE näher an der in PL liegt, als an der in DE*. D.h., die Unterschiede in der Beurteilung bestimmter Regelungen können innerhalb ein und desselben Landes größer sein als zwischen verschiedenen Mitgliedsländern der EU. Vermutlich ist die Differenz bei der Einschätzung in DE und DE* auf Klassen mit unterschiedlich großen Anteilen von SchülernInnen mit Immigrationshintergrund zurückzuführen. Dies mag auch der Grund für die Unterschiede zwischen DE und DE* bei **A 46** sein. Erstaunlich ist auch, dass über die Bedeutung der Gewaltenteilung für den Rechtsstaat in CY, ES, IT und NL so viel Unkenntnis herrscht, jeweils rd. 40% der Jugendlichen kreuzten „weiß nicht“ an.

A 62 Die Bestrafung von Frauen durch ihre Ehemänner bei Verletzung der Familienehre wird von der großen Mehrheit der Jugendlichen abgelehnt. In diesem Punkte ist die Europäisierung schon weit fortgeschritten.

Pluralismus (S. 5 der Basisdaten)

A 19 Bei der Frage, ob von einer Religion eine Friedensstörung ausgeht, wenn sie behauptet, sie habe einen höheren Rang als andere, stimmen fast alle SchülerInnen zu, nur in NL gibt es eine deutliche Abweichung und mehr Ungewissheit als bei den anderen Schulklassen. Warum das so ist, lässt sich sicher nur vor Ort klären.

A 17 Es ist bemerkenswert, dass über die Effizienz von Vielparteiensystemen (mehr als 4 oder 5 Parteien im Parlament) die Jugendlichen sehr geteilter Meinung sind. BG, HU, PL und DE* halten nicht viel davon, und in ES und besonders in NL herrscht große Unsicherheit. In dieser Frage sind sicherlich nationale Erfahrungen ausschlaggebend.

A 36 Bei der Frage, ob eine nationale Bildungspolitik besser ist als gemeinsame EU-Standards, wollten sich die meisten Jugendlichen nicht festlegen und haben deswegen „weiß nicht“ angekreuzt. Auswirkungen des sog. „Bologna-“ und des „Lissabon-Prozesses“ auf die Bildungssysteme in den EU-Mitgliedsländern scheinen den Befragten zu wenig bekannt zu sein.

A 60 und A 69 Bei diesen Meinungen (statements) geht es um die Stärkung einer pluralistischen Demokratie durch Meinungsvielfalt in den Massenmedien. Bis auf HU und DE* wächst zwischen Pre- und Posttest die Einsicht, dass ein von den Benutzern durch Gebühren bezahltes Fernsehen besser für den Pluralismus ist (insbesondere IT und PL). In DE wollen aber etwa die Hälfte der Jugendlichen diese Gebühr nicht bezahlen (DE: 49% => 47%). Die gleichen Jugendlichen glauben aber zu 9%, dass ein reines Privatfernsehen nicht gut ist für die Demokratie, 50% sind sich in dieser Frage nicht sicher. Auch in GR und IT nimmt die Skepsis gegenüber dem Privatfernsehen zu. Das ist auch in NL der Fall, obwohl die SchülerInnen von Fernsehgebühren auch nicht „begeistert“ sind (71%).

A 38 Mehr sozialen Frieden durch weniger Ausländer versprechen sich besonders die SchülerInnen in GR: 74% => 67%, HU: 70% => 76% und CZ*: 66% => 66%. Auf der anderen Seite sieht man aber in HU auch eine Bereicherung durch mehr Ausländer, **A 23**, HU: 53% => 67%. Vermutlich sind die eigenen Erfahrungen mit hohen Ausländeranteilen in der ungarischen Bevölkerung gering. Das könnte auch der Grund sein für die relativ hohe Zustimmung zum Statement **A 23**, in BG: 50% => 83% und ES: 60% => 66%, wobei hier 30% sich nicht sicher sind, in IT gar 39% der SchülerInnen.

Toleranz (S. 6 der Basisdaten)

A 45 Über die Frage der allgemeinen Gültigkeit moralischer Grundsätze sind die SchülerInnen geteilter Meinung. Vermutlich glaubt man in konfessionell homogenen Schulen eher daran, dass solche allgemein verbindliche Prinzipien existieren als in Klassen, die konfessionell gemischt sind. Aber das Ergebnis in GR würde dieser Vermutung widersprechen.

A 47 und A 16 Das Tragen von Kopftüchern bei muslimischen Mädchen wird weitgehend toleriert. Allerdings nehmen die Bedenken in einigen Ländern zu, wenn muslimische Mädchen auch nicht am Sportunterricht oder an Klassenfahrten teilnehmen wollen. CY: 20% => 43%, DE: 21% => 26%, NL: 65% => 71%, DE*: 29% => 38%. Zumindest in DE und NL drückt sich in dieser Einschätzung die Furcht vor einer wachsenden Parallelgesellschaft aus.

A 12 Die meisten Jugendlichen lehnen es ab, gegen das Entstehen oder die Ausbreitung von Immigrantengettos Gewalt anzuwenden. **A 44** In Ländern, in denen es relativ viele Immigranten gibt, teilt man eher die Meinung, dass ein hoher Anteil von Immigrantenkindern in Schulklassen das Qualitätsniveau senkt, z.B. DE: 32% => 46%, GR 44% => 84%, NL: 31% => 47 % und DE*: 60% => 71%.

A 27 Nahezu einhellig lehnen es die Jugendlichen ab, dass Eltern für ihre Kinder Ehepartner auswählen, d.h. archaische Sitten, die außerhalb Europas noch herrschen, werden kaum noch toleriert. **A 66** Anders sieht es aber mit der Einschätzung der Familienehre aus. Sie ist in BG mit 83%, in HU mit 93% und in IT mit 91% immer noch hoch in Kurs, während sie z.B. in DE: 44% => 37% und in NL: 18% => 13% abnimmt. Ist das ein Zeichen für eine mehr oder weniger früh einsetzende Individualisierung bei den Jugendlichen?

Gerechtigkeit (S. 7 der Basisdaten)

A 32 Ein wesentlich niedrigeres Lohnniveau in einem Land Mittelosteuropas als in Westeuropas finden die meisten SchülerInnen ungerecht. Eine Ausnahme bildet GR, hier sehen das 32% nicht so. Auch in NL empfindet man dieses Lohngefälle teilweise nicht als ungerecht 18% => 29% und DE*: 33%, „weiß nicht“ sagen in NL: 18% => 24% und in DE*: 5% => 19%. Möglicherweise werden hier auch geringere Lebenshaltungskosten in den Niedriglohnländern mit in die Überlegung einbezogen. Das kann auch der Grund für die relativ hohe „weiß nicht“-Rate in BG sein: 28% => 29%. In PL dagegen sind sich die SchülerInnen sicher, ungleiche Löhne sind ungerecht: 91% => 96%.

A 14 Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollen Arbeiter aus dem eigenen Land bevorzugt eingestellt werden. Dies bejahen die meisten Jugendlichen gerade in Ländern, die entweder eine relativ hohe Arbeitslosenrate am Schulort haben oder eine weitgehend homogene Bevölkerung mit geringem Ausländeranteil, was in BG, HU, IT und CZ* der Fall ist.

A 35 Dass es im Himmel eine ausgleichende Gerechtigkeit für irdisches Unrecht gibt, daran glauben nur SchülerInnen, die noch eine religiöse Verankerung empfinden. Diese scheint aber – außer in PL – abzunehmen. BG: 67% => 44%, IT: 77% => 59%, PL 65% => 78%. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Gottvertrauen von SchülernInnen an zwei katholischen Privatschulen. NL: 12% => 6% und DE*: 52% => 48%. Selbst der Charakter einer konfessionellen Privatschule vermag in Glaubensfragen kaum etwas zu verändern, wenn die Gesellschaft ringsum weitgehend auf säkulare Lösungen setzt.

A 26 Die Frage, ob allein die Kräfte des Marktes Gerechtigkeit schaffen können, ist brisant, jedoch das Ergebnis der Befragung zeigt eine alarmierende Unsicherheit bei den meisten der SchülerInnen, die mit 50% und mehr „weiß nicht“ ankreuzten. Nur in HU und PL scheint der Glaube an die positiv regulierenden Kräfte des Marktes etwas verbreiteter zu sein. Sind das Auswirkungen einer neoliberalen Begeisterung, die nach der Wende in einigen Ländern Mittelosteuropas herrschte?

Sicher ist eher, dass wirtschaftlich brauchbare COMCULT-Unterrichtsmaterialien zu spät erschienen, um die Testergebnisse erheblich beeinflussen zu können. Auf der anderen Seite haben sich vermutlich auch die Sprachlehrer, die die Hauptlast des Unterrichts trugen, nicht allein an die heiklen wirtschaftlichen Probleme herangewagt. Hier lassen sich Fortschritte nur durch Teamarbeit oder Lehrerfortbildung erreichen.

A 18 Bei den meisten Jugendlichen nimmt die Neigung zu, Arbeitslosen die Unterstützung zu streichen, wenn sie die ihnen angebotene Arbeit nicht annehmen. HU: 50% => 63%, IT: 57% => 74%, PL: 48% => 65%, CZ*: 56% => 74%. Warum man in GR mehr Verständnis für Arbeitslose hat, ist schwer zu erklären.

A 8 In der Frage, ob Frauen für die gleiche Arbeit auch ebenso wie Männer bezahlt werden sollen, ist die Meinung der Jugendlichen eindeutig dafür. Nur in IT und PL gibt es leichte Bedenken.

A 64 Viel schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob die Jugendlichen es befürworten, dass arme EU-Mitgliedsländer durch Steuervergünstigungen Industriebetriebe anlocken dürfen. GR: 89% und IT: 65% => 78% sind klar dafür, die Leidtragenden in DE: 34% => 45% und in NL: 29% => 35% sind jedoch dagegen oder sind sich in dieser Frage nicht sicher und kreuzten mit 33% bzw. 47% „weiß nicht“ an. Sicherlich muss

das Problem der subventionierten Industrieansiedlung in EU-Kontext gelöst werden und nicht allein im nationalen, sonst entstehen neue Ungerechtigkeiten durch Maßnahmen, die eigentlich Gerechtigkeit schaffen sollen.

Solidarität (S. 8 der Basisdaten)

A 51 Eine hochgradige Verbundenheit mit den Mitgliedern der eigenen Religion äußern besonders SchülerInnen in BG: 56% => 83%, IT: 87% => 83% und PL: 61% => 74%. In CY scheinen besondere Ereignisse während der Testphase zu einer Verminderung der religiösen Solidarität geführt zu haben: CY: 20% => 73%. In NL spiegelt sich eher ein allgemein säkulares Grundmuster wider, 35% => 65%, während in CZ* in diesem Punkte die Ratlosigkeit zunimmt, 32% => 41% „weiß nicht“.

A 24 Die weit überwiegende Zahl der Jugendlichen sieht im Staat eine Solidargemeinschaft, der für die soziale Sicherung seiner Bürger verantwortlich ist. Diese Erwartung wird auch durch die Ergebnisse unter Punkt **E 41** (Renten) unterstrichen und mehr noch unter **E 44** (Krankenversicherung). Warum nur in NL die Werte von den übrigen Ländern abweichen, hängt vermutlich mit dem relativ jungen Alter der SchülerInnen zusammen.

A 10 Diese Aussage (statement) zielt jedoch auf die tatsächlichen Sozialleistungen der Staaten, und hier zeigt sich, dass das Vertrauen der Jugendlichen in die Verteilungskompetenz mancher Staaten gering ist und sie sich bei Krankheit und Alter eher auf die Leistungen der Familie verlassen wollen als auf staatliche Hilfen. BG: 78% => 89%, HU: 73% => 90% und DE*: 62% => 80%. In PL scheint während des Testzeitraums das Vertrauen in die staatlichen Leistungen etwas besser geworden zu sein, während in DE die Skepsis zunahm, „weiß nicht“ 18% => 24%.

A 20 Die Solidarität mit den Menschen, vorrangig mit denen der eigenen Nation, liegt in HU mit 67% und PL mit 52% relativ hoch und hat während des Testzeitraums noch zugenommen. Vermutlich haben gezielte Maßnahmen im Unterricht in ES und IT dazu geführt, dass sich die SchülerInnen hier viel altruistischer verhalten haben als in anderen Ländern. In BG und NL sind sich die Jugendlichen nicht sicher, mit wem sie sich vorrangig solidarisieren sollen.

A 34 Aus Solidarität mit anderen europäischen Völkern, finanzielle Opfer zu bringen, sind etwa nur ein Drittel der Jugendlichen bereit. In HU kann man eine solche Haltung noch weniger verstehen: HU: 50% => 57%, wogegen in ES vermutlich wiederum durch Aufklärung ein Meinungswandel eingetreten ist, ES: 18% => 10%.

A 29 Viel größer ist die Solidarität, wenn Arbeiter in verschiedenen EU-Ländern durch Europäisierung oder Globalisierung getroffen werden. In diesem Falle denken nur noch rd. 20% der SchülerInnen zunächst an sich selbst oder reagieren gleichgültig. Allerdings liegt die „weiß nicht“- Rate in BG bei 44%, in CY 67% und in NL bei 71%. Aber in PL scheint die Solidarnosc-Bewegung noch bei den Jugendlichen lebendig zu sein, denn sie fühlen sich zunehmend solidarisch, 70% => 74%.

A 67 Die Anhebung des Lebensstandards in armen EU-Ländern durch einen Entwicklungsfonds, den die reicheren bezahlen, wird erwartungsgemäß von den ärmeren begrüßt. BG: 89%, HU: 83% und PL: 74%. Auch ES: 68% zählt zu dieser Gruppe, was entweder an örtlichen Gegebenheiten liegt oder an der Kenntnis, dass Spanien zurzeit am meisten aus entsprechenden europäischen Fonds profitiert. In DE, DE*, IT und NL ist die Stimmung nicht so eindeutig positiv und die „weiß nicht“- Rate liegt bei rd. 30%.

Menschenrechte (S. 9 der Basisdaten)

A 15 Die offenen Grenzen in der EU werden von der überwiegenden Zahl der Befragten geschätzt. Nur in BG, CY und IT sind etwa zwei Drittel skeptisch, was vermutlich mit den besonderen Gefahren an der EU-Außengrenze zu tun hat.

A 25 Erstaunlich ist allerdings die Reaktion in manchen Ländern auf die Behauptung, die Freizügigkeit in der EU sei eine ihrer besten Eigenschaften. Hier nimmt die Zustimmung in DE zwischen Pre- und Posttest zwar leicht zu, erreicht aber nur 32% => 36%, während rd. 60% der SchülerInnen „weiß nicht“ ankreuzen.

Auch in ES und IT liegt die „weiß nicht“ – Rate über 50%, wohingegen in CY mit rd. 80% und in HU: 70% => 87% gerade die Freizügigkeit der EU sehr hoch eingeschätzt wird. Möglicherweise ist der Begriff Freizügigkeit in einzelnen Ländern unterschiedlich verstanden worden und wurde in DE gar mit Dienstleistungsfreiheit verwechselt.

A 11 Die Frage, ob und inwieweit die EU unser demokratisches Recht auf Selbstbestimmung bedroht, ist schwierig zu beantworten, und erwartungsgemäß liegt auch die „weiß nicht“ – Rate, bis auf zwei Ausnahmen, bei allen Ländern über 40%. Besonders bedrohlich werden Brüsseler Entscheidungen in GR empfunden: 26% => 47% und in HU: 30% = 43%. In CY, PL und CZ* ist der umgekehrte Trend zu beobachten. Hat hier der Unterricht für eine andere Einschätzung gesorgt?

A 41 Über die Möglichkeit des Nationalstaates in einer globalen Welt herrscht ebenfalls große Unsicherheit. Auch hier liegt die „weiß nicht“ – Rate, bis auf drei Ausnahmen, über 40%. Erstaunlich ist wiederum das Ergebnis in HU: von 37% steigt das Misstrauen auf 59% zwischen Pre- und Posttest. Aber die Antwort auf **A 11** zeigt, dass man auch Brüsseler Entscheidungen als bedrohlich empfindet. Wenn man weder der eigenen nationalen Regierung noch der transnationalen in Brüssel vertraut, ist das dann ein Zeichen einer generellen Krise der Politik in HU?

A 43 Dass die Qualität einer Demokratie von der Presse- und Meinungsfreiheit abhängt, sollte eigentlich eine einleuchtende Erkenntnis sein. So liegt auch die Zustimmung aller Befragten – außer in BG – bei rd. 60% und darüber. Warum aber diese Erkenntnis in DE zwischen Pre- und Posttest abnimmt, 75% => 65% und die Ungewissheit von 14% auf 24% zunimmt, ist kaum zu erklären. In der DE* Vergleichs- und Kontrollklasse bleibt die Zustimmung unverändert bei 76%. In ES wächst sie 66% => 70% und in GR sogar bis 95%. Was ist im Unterricht in IT anders verlaufen als in BG? Hier nimmt die „weiß nicht“ – Rate von 33% auf 39% zu, während sie in IT von 39% auf 14% sinkt.

A 31 Bei der Frage, ob alle monotheistischen Religionen die Menschenrechte uneingeschränkt akzeptieren, offenbart sich große Unkenntnis. Gut zwei Drittel aller Jugendlichen antworten „weiß nicht“. Dass der Islam prinzipiell allergrößte Schwierigkeiten hat, ein von Menschen definiertes Recht zu akzeptieren, ist offensichtlich in HU nicht bekannt. Anders ist die Reaktion dort, wo direkte Kontakte mit islamischer Bevölkerung bestehen oder der Religionsunterricht aufklärend wirken kann, wie z.B. in CY, GR oder DE*.

A 65 Hier wird den Interessen der Kapitaleigner bei Unternehmensentscheidungen ein Vorrang eingeräumt vor denen der Arbeitnehmer. Über die Hälfte der Jugendlichen in BG, CY, HU, IT und CZ* finden das richtig. Wie kommt es, dass gerade in drei Ländern mit einstiger Planwirtschaft jetzt rein kapitalistische Prinzipien befürwortet werden? Immerhin sind sich etwa ein Drittel aller SchülerInnen bei der Wahl zwischen Kapital- und Arbeitnehmerinteressen nicht sicher, wem sie den Vorrang geben sollen, in NL sogar 47%, dagegen neigen die Jugendlichen in DE* eher zur Arbeitnehmerseite mit 48 => 67%.

Heimatland, Nation (S. 10 der Basisdaten)

A 56 Inwieweit es richtig ist, im Zypernkonflikt den Interessen der jeweiligen Regierungen zu folgen, kann man nur sicher entscheiden, wenn man über ausreichende Detailkenntnisse verfügt. Diese sind erwartungsgemäß größer bei den Ländern, die entweder selbst in den Konflikt verwickelt sind oder deren SchülerInnen entsprechend informiert wurden. So sind sich die Jugendlichen in CY zu 60%, in GR zu 53%, aber auch in BG zu 50% bewusst, dass sowohl die türkisch- als auch die griechisch-zyprische Regierung z.T. eine Politik betrieben haben, die nicht in jedem Falle im Interesse ihrer Bevölkerung lag. Weit weg von dieser Kenntnis ist man in HU, wo 57% der Befragten für Gefolgschaft gegenüber den jeweiligen Regierungen stimmten. Aber große Unkenntnis der Lage kommt auch zum Ausdruck, wenn in ES 54%, in NL 59% und in CZ* 69% „weiß nicht“ angekreuzt wurde.

A 57 Bis auf zwei Ausnahmen, geben über 80% der SchülerInnen an, dass ihr Verhalten sehr durch die Gesellschaft des Heimatortes geprägt wird. Diese Prägung ist bei einigen Jugendlichen aber nicht an einen bestimmten Ort gebunden, sondern wirkt auch außerhalb der Heimat solange die neue Umgebung die

gleichen Werte teilt. **A 68** Möglicherweise hängt diese Einstellung mit bereits gemachten Erfahrungen zusammen, wie z.B. bei Auslandsaufenthalten, DE: 36% => 42%, NL: 35 => 41% und PL: 39% => 57%. Nach wie vor fühlen sich aber die SchülerInnen in CY zu 67% und in GR zu 79% sehr an ihre Heimat gebunden, gefolgt von denen in ES, HU und IT mit jeweils rd. 50%.

A 58 Weit über die Hälfte der Jugendlichen – in HU sogar 83% - sind dafür, dass die Balkanländer erst dann in die EU aufgenommen werden sollten, wenn sie vorher ihre Probleme mit der Korruption, dem Drogen- und Menschenhandel gelöst haben. Aber es gibt auch gegenteilige Stimmen, z.B. in BG: 6% => 33%, PL: 37% => 65% oder CZ*: mit 38% „weiß nicht“. Vielleicht ist man hier zu der Erkenntnis gekommen, dass die Probleme innerhalb der EU wirksamer zu lösen sind als außer ihr?

A 63 Die Behauptung, dass es heutzutage keinen Sinn mehr mache, für den Besitz bestimmter Gebiete zu kämpfen, da inzwischen ganz andere Werte zählen, bewirkte überraschende Reaktionen. In CY nimmt die Zustimmung zwischen Pre- und Posttest zu, 27% => 40%, in HU sogar von 70% auf 79% und in CZ* nimmt die Ungewissheit zu, 25% => 38%. Alle drei Länder haben im letzten Jahrhundert z.T. erhebliche Teile ihres Territoriums verloren. In PL hingegen scheint der Kampf um Gebiete immer noch wichtig zu sein, 57% => 65%, in DE und DE* dagegen finden das nur noch rd. 20% sinnvoll.

A 54 In CY, GR, HU, NL und PL hat die nationale Identität bei rd. 80% der Befragten eine höhere Priorität als die eines europäischen Bürgers. In DE, ES und IT liegt diese Priorität bei rd. 40% und bei BG wie CZ* bei rd. 60%, dafür haben aber rd. 20% der SchülerInnen in den jeweiligen Ländern „weiß nicht“ angekreuzt. Das Ergebnis bei DE war zu erwarten, da das Nationalbewusstsein aufgrund der geschichtlichen Erfahrung im 20. Jh. und des relativ hohen Immigrantenanteils unter den SchülernInnen nicht sehr stark ausgeprägt ist. Vermutlich hat in ES und IT der Unterricht Auswirkungen gehabt. In NL ist eine gewisse antieuropäische Stimmung, eine neue Erscheinung. Die Länder Mitteleuropas erleben nach der Befreiung aus dem kommunistischen Block eine Art nationale Renaissance und fürchten eine zu enge Einbindung in eine neue transnationale Gemeinschaft.